



„Wer kann dieses Wort lesen?": Inka Frey, Lehrerin an der Wenneberschule, hilft den zugewanderten Jungen und Mädchen der ersten und zweiten Klasse, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Sie haben jeden Morgen „Deutsch als Zweitsprache“. Und da machen sie eifrig mit.

FOTO: MARION POKORRA-BROCKSCHMIDT

Kinder sind besonders betroffen

Migrationsausschuss: Bürgervertreter wollen mehr wissen über die Integration von Osteuropäern. Sie lassen sich von der Caritas und einer Schulleiterin über ihre Arbeit berichten. Ein Politiker sieht Handlungsbedarf

Von Marion Pokorra-Brockschmidt

■ Rheda-Wiedenbrück. Facettenreich ist die Integration von Polen, Rumänen und Bulgaren, die als Werksvertragsarbeiter oft mit ihren Familien kommen. 7.000 sind im Kreis Gütersloh beschäftigt. Mit zwei Aspekten beschäftigte sich der Ausschuss für Soziales, Migration und Sport: mit einem Beratungsangebot der Caritas und mit der Arbeit der Andreas-Wenneberschule.

Seit März 2016 berät der Caritasverband für den Kreis diese Menschen – auf eigene Rechnung. „Wir haben rund 180.000 Euro investiert, um zu helfen“, berichtete Volker Brüggjenjürgen, Projektleiter. Bis Oktober 2018 gab es 6.411 Beratungen – 4.209 in polnischer und 2.202 in rumänischer Muttersprache. Das waren 549 Familien, 277 polnische und 272 rumänische. „Die Hälfte der Familien kam aus Rheda-Wiedenbrück.“ Brüggjenjürgen und sein Team waren zunächst überrascht, dass viele Osteuropäer das Beratungsangebot nutzten. Und weiß heute: „Man kann diesen Menschen helfen.“ Danach nahmen sie intensiver am gesellschaftlichen Leben teil, würden für das Caritas-Ange-

bot bei Landsleuten.

Deren Probleme sind vielschichtig, reichen von Beziehungskonflikten und Trennungen über Depressionen und mangelnde Integration bis zu Sucht und Gewalt. Die Annahme, dass Osteuropäer „nur als Fleischer“ kämen sei ebenso falsch wie die, dass sie nach einigen Monat wieder gehen. „Es kommen Familien, die bleiben wollen.“ Dabei wachse die Armuts- und Arbeitsmigration, kämen mehr unqualifizierte und bildungsferne Zuwanderer, sieht Brüggjenjürgen dringenden Handlungsbedarf. Geben müsse es psychosoziale Beratung, niedrigschwellige Sprachangebote und die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Aufgaben zu bewältigen, sei nicht das Problem nur einer Stadt, sondern ein kreisweites. „Was die Caritas tut, reicht absolut nicht.“ Zudem sei es nicht deren privates Vergnügen, bislang ohne einen Cent von Kommunen, Kreis oder Land die Beratung zu finanzieren. Nun hätten acht Kommunen eine Plattform gebildet, wollten 2019 Beratungen in Rietberg, Langenberg und Gütersloh starten. „Es wäre sehr sinnvoll und mehr als angemessen, wenn sich Rheda-Wiedenbrück an dieser

Fachstelle beteiligen würde, denn 50 Prozent der Menschen, die die in Anspruch nehmen, kommen von hier.“

Warum die Stadt nicht Teil der Plattform ist, erklärte Georg Robra, Erster Beigeordneter, auf Nachfrage aus dem Plenum. „Wir halten schon unterschiedliche Beratungsangebote vor.“ Zudem überlegten Fachverwaltung und Politik, wie künftige Konzepte aussehen sollen. „Darum rufen wir uns durch Berichte bekannte Angebote in Erinnerung und lernen neue kennen, um dann zu entscheiden.“

Seit einem Jahr im Modus Kenntnisnahme

Laut Andreas Hahn, Bündnisgrüne ist der Migrationsausschuss seit einem Jahr im Modus Kenntnisnahme. „Diesen Modus sollten wir erweitern, um ‚dringender Handlungsbedarf‘ und erste Konzepte entwickeln“. Aufgrund vieler Berichte „wissen wir inzwischen Bescheid – und die Probleme spitzen sich zu, die Eskalation ist greifbar.“

Brüggjenjürgen betonte, dass von den Problemen besonders Kinder der Zuwanderer betroffen seien. Oft würden sie wegen der Schichtarbeit ihrer

Eltern vernachlässigt, müsse man sich bei einigen um das Kindeswohl sorgen. Zwar helfe die Caritas Werksvertragsarbeitern, ihre Familie auf die Reihe zu kriegen, „aber das ist in einem Matratzenlager nicht machbar, erst eine eigene Wohnung macht ein halbwegs organisiertes Familienleben möglich.“

Diese Erfahrung hat auch Erik Langer, Leiterin der Andreas-Wenneber-Schule gemacht: viele Kinder sind unausgeschlafen, können sich nicht konzentrieren. „Darum bin ich froh, wenn sie die offene Ganztagschule besuchen.“ An ihrer Grundschule sind viele Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund, nicht nur aus Osteuropa. „Wir sind eine kleine, bunt gemischte Gemeinschaft, die in familiärer Atmosphäre lernt und Integration lebt.“

Würden die Kinder von Migranten früher der ihrem Wohnort nächsten Schule zugewiesen, so „ist das Kommunale Integrationszentrum heute bemüht, sie auf die ganze Stadt zu verteilen“. Das sei gut, weil Kinder nur voneinander lernen könnten, wenn die Mischung passe und beispielsweise nicht nur viele Schüler einer Nationalität in einer Klasse seien und dann nicht mehr

Deutsch sprächen.

Darauf aber legt der Grundschulverbund viel Wert. Schüler, die nicht länger als zwei Jahre in Deutschland sind – das sind 14 an der Wenneber- und 12 an der Andreasschule – besuchen Sprachförderkurse. Kinder, die länger als zwei Jahre hier leben, haben das Fach „Deutsch als Zweitsprache“. Dabei geht es auch um die Förderung der Fachsprache in Mathe und Sachkunde.

Eng kooperiert die Grundschule mit dem multiprofessionellen Team, das Familien frühzeitig besucht. Langer und ihre Team pflegen den Kontakt zu den Eltern, werden von Diakonie, Caritas und Bürgerstiftung unterstützt. Und sie arbeiten nicht nur im Kollegium eng zusammen, sondern auch mit den Schulsozialarbeitern. An einem runden Tisch werden Probleme wie Schulpflichterfüllung oder Teilnahme am Schwimmunterricht besprochen und geklärt.

„Wir versuchen alles, um Integration zu ermöglichen“, so Langer, die sich mehr Integrationskräfte und Unterstützer in den Klassen wünscht. Sie sieht ihre Schule aber auf einem guten Weg. „Ich würde mir wünschen, dass es überall so bunt und friedlich wäre und so gut klappen würde wie bei uns.“